

**Beschlussvorschläge
des Vorstandes und des Aufsichtsrates
an die ordentliche Hauptversammlung
der
Autobank Aktiengesellschaft, Wien,
FN 45280 p
am 23. Juni 2014**

Zu Punkt 1. der Tagesordnung:

Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31.12.2013 samt Lagebericht, des Konzernabschlusses zum 31.12.2013 samt Konzernlagebericht und des vom Aufsichtsrat erstatteten Berichts für das Geschäftsjahr 2013

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist keine Beschlussfassung erforderlich.

Zu Punkt 2. der Tagesordnung:

Beschlussfassung über die Verwendung des im Jahresabschluss zum 31.12.2013 ausgewiesenen Bilanzgewinns

Der Vorstand und der Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn per 31. Dezember 2013 in Höhe von EUR 29.587,45 auf neue Rechnung vorzutragen.

Zu Punkt 3. der Tagesordnung:

Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2013

Der Vorstand und der Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2013 die Entlastung zu erteilen.

Zu Punkt 4. der Tagesordnung:

Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2013

Der Vorstand und der Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2013 die Entlastung zu erteilen.

Zu Punkt 5. der Tagesordnung:

Wahl des Abschlussprüfers (Bankprüfers) für den Jahres- und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2015

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Wien, zum Abschlussprüfer, Konzernabschlussprüfer und Bankprüfer für das Geschäftsjahr 2015 zu bestellen.

Zu Punkt 6. der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den Widerruf der Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG (genehmigtes Kapital) und die Ermächtigung für ein neues genehmigtes Kapital gegen Bar-und/oder Sacheinlage und zum Ausschluss des Bezugsrechts und die entsprechende Satzungsänderung

Die Hauptversammlung vom 27.05.2011 hat ein genehmigtes Kapital beschlossen und den Vorstand ermächtigt, gemäß § 169 AktG das Grundkapital bis zum 12.07.2016 um bis zu EUR 4.571.576 gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, auch gegen Sacheinlage von Forderungen gegen die Gesellschaft, auch in mehreren Tranchen, auch unter Ausschluss des Bezugsrechts zu erhöhen. Dieses genehmigte Kapital wurde mit Vorstandsbeschluss vom 13.12.2013 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom 14.12.2013 mit EUR 900.000,00 ausgenützt.

Die Autobank Aktiengesellschaft will weiter wachsen und dabei auch andere Unternehmen oder Anteile an Unternehmen erwerben.

Überdies soll die Verbreiterung der Aktionärsstruktur und eine Belebung des Aktienkurses durch Erhöhung des Streubesitzes ermöglicht werden.

Um dies zu ermöglichen und aufgrund der Tatsache, dass das bestehende genehmigte Kapital mit 12.07.2016 abläuft, soll das bestehende genehmigte Kapital aufgehoben und ein neues genehmigtes Kapital geschaffen werden, mit unverändertem Volumen, aber mit erweiterten Einsatzmöglichkeiten und einer neuen Laufzeit.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen in diesem Sinne vor, die Hauptversammlung möge folgendes beschließen:

Beschlussfassung über:

- a) Der noch nicht ausgenützte Teil der in der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft vom 27.05.2011 erteilten Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, innerhalb von fünf Jahren nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital um bis zu EUR 4.571.576 durch Ausgabe von bis zu 4.571.576 Stück neuen auf den Inhaber lautende Stammaktien oder stimmrechtsloser Vorzugsaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage unter teilweisem Ausschluss des den Aktionären zustehenden gesetzlichen Bezugsrechts zu erhöhen und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen, wird widerrufen.
- b) Gleichzeitig wird der Vorstand gemäß § 169 AktG ermächtigt, innerhalb von fünf Jahren nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital um bis zu EUR 5.021.576,00 durch Ausgabe von bis zu 5.021.576 Stück neuer, auf Inhaber lautende Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen – allenfalls in mehreren Tranchen – zu erhöhen und den Ausgabebetrag, die Ausgabebedingungen und die weiteren Einzelheiten der Durchführung der Kapitalerhöhung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen und die Ermächtigung des Vorstands allenfalls die neuen Aktien im Wege des mittelbaren Bezugsrechts gemäß § 153 Abs 6 AktG den Aktionären zum Bezug anzubieten.
- c) Der Vorstand wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, das Bezugsrecht der Aktionäre ganz oder teilweise auszuschließen (i) bis zu 10 % des im Zeitpunkt der Satzungsänderung im Firmenbuch eingetragenen Grundkapitals bei Zuteilung der Stückaktien an einen Investor, welche durch seine Kompetenz und/oder sein Investitionskapital neue Geschäftsfelder für die Gesellschaft eröffnen kann oder damit die Marktstellung der Gesellschaft verfestigt und stärkt (strategischer Investor) oder wenn die Kapitalerhöhung (ii) gegen Sacheinlagen oder (iii) zur Bedienung einer Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) erfolgt oder (iv) für den Ausgleich von Spitzenbeträgen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.
- d) Diese Ermächtigung ersetzt das bisher in § 5 (Grundkapital, Aktien) Abs (5) der Satzung bestehendes genehmigtes Kapital.

Die Satzung der Gesellschaft wird daher im § 5 (Grundkapital, Aktien) Abs (5) wie folgt geändert:

„§ 5 Grundkapital, Aktien

- (5) *Der Vorstand ist für fünf Jahre nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch gemäß § 169 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital um bis zu EUR 5.021.576,00 durch Ausgabe von bis zu 5.021.576 Stück neuen auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, auch gegen Sacheinlage von Forderungen gegen die Gesellschaft – allenfalls in mehreren Tranchen – zu erhöhen und den Ausgabebetrag, die Ausgabebedingungen und die weiteren Einzelheiten der Durchführung der Kapitalerhöhung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen und die Ermächtigung des Vorstands, allenfalls die neuen Aktien im Wege des mittelbaren Bezugsrechts gemäß § 153 Abs 6 AktG den Aktionären zum Bezug anzubieten. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre ganz oder teilweise auszuschließen (i) bis zu 10 % des im Zeitpunkt der Satzungsänderung im Firmenbuch eingetragenen Grundkapitals bei Zuteilung der Stammaktien an einen Investor, welcher durch seine Kompetenz und/oder sein Investitionskapital neue Geschäftsfelder für die Gesellschaft eröffnen kann oder damit die Marktstellung der Gesellschaft verfestigt und stärkt (strategischer Investor) oder wenn die Kapitalerhöhung (ii) gegen Sacheinlagen oder (iii) zur Bedienung einer Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) erfolgt oder (iv) für den Ausgleich von Spitzenbeträgen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.“*

Zu Punkt 7. der Tagesordnung:

Beschlussfassung über die Änderung der Satzung in § 10

Der Vorstand und der Aufsichtsrat schlagen vor, die Satzung in § 10 Abs (4) zu ändern, sodass dieser lautet wie folgt:

„§ 10 Hauptversammlung

- (4) *Bei depotverwahrten Inhaberaktien genügt für den Nachweis des Anteilsbesitzes am Nachweisstichtag eine Depotbestätigung gemäß § 10 a AktG, die der Gesellschaft bis spätestens am 3. Werktag vor der Hauptversammlung unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse zugehen muss, wenn nicht in der Einberufung ein späterer Zeitpunkt festgelegt wird. Die Einzelheiten für die Übermittlung der Depotbestätigungen werden zusammen mit der Einberufung bekannt gemacht. Die Einberufung kann als Kommunikationsweg die Übermittlung von Depotbestätigungen per Telefax oder per E-Mail (wobei das elektronische Format in der Einberufung näher bestimmt werden kann) vorsehen.“*

Eine Satzungsgegenüberstellung ist diesem Beschlussvorschlag beigegeben und außerdem auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.autobank.at abrufbar. In der beiliegenden Satzungsgegenüberstellung wurde im § 5 Abs (5) auch das neue genehmigte Kapital im Sinne der Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 6 berücksichtigt.